

# Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenau und Dresden-Altkath.

Zeitungspreis einschließlich Frachtkosten monatlich 2,00 M., durch die Post bezogen monatlich 2,00 M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 600,- M., Einzelnummer 90,- M., Sonntagsnummer 100,- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Nonpareilzeile 200,- M., auswärts 250,- M., die 3-spaltige Nonpareilzeile 150,- M., auswärts 200,- M., 1000 u. 5000 M. Bei mehrmaliger täglicher Erneuerung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverträge, 60 M.

Nr. 35

Dresden, Sonnabend den 10. Februar 1923

34. Jahrg.

## Der Schlendrian der Reichsregierung

Wirtschaftsforderungen der Sozialdemokratie — Was geschieht in der Ernährungsfrage — Sozialistische Anträge im preussischen Landtag

Daß eine enorme Preissteigerung infolge der Besetzung des Ruhrgebietes eintreten würde und daß auch ganz naturgemäß eine erhebliche Verschlechterung der Markt kommen mußte, war voraussehbar. Ueber dem Varm um die Einheitsfront, über der politischen Abwehr und über dem diplomatischen Weplänkel hat man lange genug die Entschlußkraft zu positiver Abwehr der Feuerungsgefahr vermissen müssen. Schon sind die Großhandelspreise über das 200fache des Vorkriegesstandes hinaus gestiegen. Man beschränkt sich aber auf die Anwendung der alten Mittel, nur daß man ihre verschärfte Handhabung ankündigt. Das gilt insbesondere für das Getreide, das jetzt den Reichsrat postiert hat, und das sich in seinen wesentlichen Teilen gegen die Schlemmerei in den Gaststätten, gegen Alkoholmißbrauch und gegen Verschwendung von Lebensmitteln wendet. In weiteren Artikeln der Regierung und ihren ausführenden Organen Ermäßigungen zum Erlass von Preisbestimmungen gibt. Diese letzten Artikel erinnern an das Kautelgeschick zum letzten Steuerkompromiß. Das Kautelgeschick ist demnach ein Postkopfer vor einer Milliarde Goldmark vor und endet in der

**vollkommen wirkungslosen Zwangsankleife.** Aber gerade auf die Ausführung, auf den schnellen Erfolg wirksamer Maßnahmen, auf die schleunigste Vorbereitung wirtschafts- und finanzpolitischer Eingriffe kommt es an. Die Regierung hat schon seit längerem verschärfte Maßnahmen über den Devisenverkehr angekündigt. Aus dem freiziehenden Berg froch als lächerliche Waise ein Rundschreiben der Reichsbank, in dem sie die Banken aufforderte, Devisenbestände nicht mehr zu beileihen. Zweifellos eine wirksame und nützliche Maßnahme, nur daß ihre Durchführung auf die Dauer nicht durch das gemüßliche Zureden der Reichsbank garantiert ist. Neuerdings haben interessierte Handelskreise, an ihrer Spitze der Zentralverband des deutschen Großhandels, einen Vorstoß unternommen, der auf die

**Einführung wertbeständiger Devisen und Goldkonten** abzielt. Dieser Vorstoß ist symptomatisch. Bisher war es nämlich der Handel, der aus Papiermarktkrediten unansehnlichen Vorteil gezogen hat. Allmählich aber beginnen auch hier die Schäden die Vorteile zu überwiegen, und so ist man bereit, Goldschulden einzuführen, wenn man nur auch die Möglichkeit einer wertbeständigen Anlage des vereinnahmten Papiergeldes erhält, ohne den Devisenmarkt in Anspruch nehmen zu müssen. Die Eingabe des Zentralverbandes des deutschen Großhandels enthält zugleich eine vernichtende Kritik an der gänzlich unfruchtbaren Haltung der Reichsbank, die bisher sich jeder Neuerung auf diesem Gebiete entgegenstemmt hat, ohne Befehrs zu schaffen. Auch bürgerliche Politiker, so am Freitag der Finanzminister des Berliner Tageblatts, Dr. Felix Wimmer, sehen sich jetzt für die von der Sozialdemokratie seit langem propagierte Einführung wertbeständiger Anleihepapiere ein. Die Tatsachen ergeben also, daß die Sozialdemokratie vollkommen recht hatte, als sie schon seit Monaten diese Entwicklung vorausahnte und die Abwehr der Devisennot nicht nur auf lendenhafte Weisungen und gutgemeinte, aber in ihrer Wirkungsmöglichkeit zweifelhaft Maßnahmen der Reichsbank beschränkt wissen wollte, sondern forderte, auch die sachliche Grundlage für eine Bekämpfung der Devisenspekulation zu schaffen, vor allem dadurch, daß wertbeständige Anleihen aufzulegen werden, in- zwischen sind Landesregierungen und Private damit voranzugehen. Die Ragen- und Kohlenverleihen der letzten Zeit stellen bereits solche Anlageobjekte dar und ihr Erfolg ist geradezu beachtlich gewesen. Jede Anleihe dieser Art war binnen weniger Stunden oder Tage überzeichnet, die Nachfrage viel größer als das Angebot. Daneben müßte auch die

### Kreditpolitik der Reichsbank

sich der bestehenden Kreditversteuerung anpassen. Heute ist es so, daß die Reichsbank jährlich 12 Prozent ausgibt, die von den Kreditnehmern, den Banken, um wesentlich höhere Zinsen, zwischen 50 und 800 Prozent, weiter verliehen werden. Selbstverständlich bedarf es einer Ergänzung dieser rein währungsrechtlichen Maßnahmen durch die Steuerpolitik, insbesondere einer schärferen Heranziehung des Wertes.

Wenn die Notenpresse in dem wahnwitzigen Tempo, wie bisher, weiterläuft, so wird jede Aussicht auf eine Verringerung der Devisennot erloschen. Es ist notwendig, daß man an diese Maßnahmen mit größter Beschleunigung herangeht, zumal sie in einer erheblichen Währungsreform nicht vorzuziehen, vorläufig aber die schlimmsten Auswüchse am Devisenmarkt einzudämmen geeignet sind. Der Kampf um die Ruhr, der nicht in Tagen und Wochen beendet ist, wird nur dann mit Erfolg durchgeführt werden können, wenn die Reichsregierung sich bewußt ist, daß sie mit allen Mitteln die innere Front aufrechtzuerhalten muß.

### Der Wirtschaftspolitische und der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates

nahmen gegen wenige Stimmen folgende Entschlüsse an: Der Wirtschaftspolitische und der Finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erwarten von der Regierung und der Reichsbank, daß sie der Vernichtung der deutschen Währung entgegenwirken. Als mögliche Mittel erscheinen:

1. Interventionsfähigkeit der Reichsbank auf den ausländischen Devisenmärkten.
2. Prüfung und energische Restriktion der von der Wirtschaft angeforderten Reichsbankkredite, insbesondere Verhinderung der Finanzwechsel vom Diskont der Reichsbank.
3. Schaffung eines ausreichenden Devisenfonds auf Grundlage des Reichsbankgoldes zur Befriedigung des unumgänglichen Importbedarfs der Wirtschaft.
4. Vermehrung um ausländische Kredite.
5. a) Abkündigung der Devisenspekulation und Kommerz, b) Beschränkung des freien Devisen- und Notenhandels, wenn möglich durch Errichtung einer Devisenzentrale.

6. Eröffnung von Goldkrediten bei der Reichsbank gegen Einzahlung von Devisen.
7. Auflegung einer inneren wertbeständigen Anleihe.
8. Beschleunigte Eingiehung der bestehenden Steuern.
9. Beschleunigte Abführung des Lohnabzugs und der Umsatzsteuer.
10. Erfassung eines über das jetzige Maß hinausgehenden Teils von Exportdevisen.

### Forderungen der preussischen Sozialdemokratie

Wir sagen nicht zu viel mit der Feststellung, daß die Sozialdemokratie bei der Organisation der Abwehr des Einflusses ins Ruhrgebiet längst an erster Stelle steht. Ruht im Ruhrgebiet die Last des Kampfes zunächst auf den Schultern der Arbeiter und Bauern, so zeigt auch der Fall in der Werkstatt der Parlamente, daß unsere Genossen die stärkste Energie in der Abwehr einwickeln. So standen die Verhandlungen des Hauptausschusses des preussischen Landtages vom Freitag, die sich mit dem Ruhereinfall und seinen Folgen befaßten, vor allem im Sinne sozialdemokratischer Anregungen und Bedanken. Unter der Initiative des Genossen Osteroth verlangten unsere Genossen vom Landtag, dafür zu sorgen, daß das Staatsministerium den Abwehrkampf gegen den französisch-belgischen Ruhereinfall mit aller Kraft unterstützt und den besten wirtschaftlichen Folgen dieses Einflusses begegnet. In Erwartung größerer Arbeitslosigkeit, als Folge des eintretenden Rohlenmangels sind größere öffentliche Arbeiten vorzubereiten und vorzubereiten, die zur Durchführung notwendigen Kredite beizutragen. Alle spekulativen Elemente, die sich ohne legalen wirtschaftlichen Zweck am Devisenhandel beteiligen, sind durch wirksame gesetzgeberische und exekutive Maßnahmen auszuschalten. Die infolge der Abwertung wichtiger Rohstoffpreise und der Ruhrbesetzung enorm gesteigerte Rohstoffpreise, insbesondere die Kohleneinfuhr, ist in öffentlicher Hand zusammenzufassen und die Verteilung nach Maßgabe der größeren oder niederen Lebenswichtigkeit der Betriebe für die Gesamtwirtschaft zu organisieren. Alle wärmerwirtschaftlichen Reformbestrebungen sind nachdrücklich zu unterstützen. Alle die Brennstoffwirtschaft wesentlich belastenden Richtreformen sind einzuweisen zu verbieten. Genußstättchen, die als Schlemmerlokal angepöndelt werden können, müssen geschlossen werden. Kleine Gewerbebetriebe mit einem unterhalbmäßig großen Brennstoffverbrauch sind in ähnlicher Weise, wie in der zweiten Kriegshälfte, bis zum Eintritt einer günstigeren Lage auf dem Brennstoffmarkt, zusammenzuliegen.

In einem zweiten Antrage Osteroth zum Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung fordern unsere Genossen die Herabsetzung der teilweise beträchtlich über dem Weltmarktpreise stehenden Holzpreise, insbesondere für Grubenholz, Bauholz und Holzarten für gewerbliche Zwecke. Gewerbliehen, genossenschaftlichen und gemeinnützigen Unternehmungen, soweit sie Gewähr dafür bieten, daß sie Preisbegünstigungen nicht in gewinnförmiger oder spekulativer Weise mißbrauchen, sind Förder und sozialistischen Fortschritt zu Vorzugspreisen zu liefern. Durch Vermitt-

lung der Reichsregierung ist bei den übrigen deutschen Gliedstaaten mit Fortschrit ein gleiches Vorgehen zur Bekämpfung der Preissteigerung auf dem Holzmarkt anzustreben. Der ebenso ungerechtfertigten wie lähmenden Entwicklung der Eisen- und Stahlpreise muß mit allen tauglichen Mitteln entgegengetreten, und die staatliche Kontrolle über die Syndikate, Kartelle und Monopole muß auf gesetzgeberischem Wege wirksam verstärkt werden.

## Sowjetstern und Hakenkreuz

oder: Auch eine Einheitsfront

Auf dem kommunistischen Parteitag, der jüngst in der Tschecho-Slowakei stattfand, erklärte ein Delegierter, daß man mit den Sozialdemokraten keine Einheitsfront bilden dürfe, sondern lieber alles allein in die Hände nehmen solle. Dazu schreibt der Brager Sozialdemokrat, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in der Tschchei:

Ein anderer (kommunistischer) Delegierter wiederum machte die Mitteilung, daß an einigen Orten auch die hakenkreuzlerischen Nationalsozialisten in die Einheitsfront einbezogen wurden und protestierte gegen das kommunistisch-sozialistische Bündnis. Der Reichsdeputierter Gornowitsch hat nun bekanntlich vor einiger Zeit für die Einheitsfront mit dem im Zeichen des Hakenkreuzes marschierenden reaktionären Nationalsozialisten geschwärmt, was ihn allerdings nicht hinderte, eine Woche später abzuhäuten. Trotzdem wurde und wird die vom Vorwärts ausgegebene „revolutionäre“ Parole befolgt. So kann man in der Gabelner nationalsozialistischen Volkswacht einen Bericht über eine Arbeiterlosenversammlung in Kewelt-Harrachsdorf lesen, in der zunächst der nationalsozialistische Parteisekretär gegen die mahnwichtigen Franzosen und den jüdisch-tschechischen Kapitalismus loszog. (Einen deutschen Kapitalismus kennt dieser Mann offenbar nicht.) Trotzdem sprachen sich in der Beschlusse die Kommunisten für die Schaffung eines gemeinsamen Ausschusses mit den Hakenkreuzlern aus, sie, die ganz gut wissen, daß der Kapitalismus international ist. Sie werden nunmehr den tschechischen Kapitalismus in Gabeln belagern und in Prag wiederum gegen den deutschen Kapitalismus losziehen. Das scheint die „wahrfachste“ Internationalität der Moskauer zu sein.

Wir wollen hier nicht von den Nationalsozialisten reden. Ihre politische Verantwortung wird nur von der Verniertheit ihres militaristisch-nationalistischen Denkens überboten. Aber man betrachte die Kommunisten, die sich selbst für die alleinigen „ächten“ Vertreter des Klassenkampfes halten! So sieht ihre politische Klarheit aus! Sie geht so weit, daß diese Felder in Sachsen eine sozialistische Regierung stützen, um an andern Orten gemeinsame Ausschüsse mit den Hakenkreuzlern zu bilden. Welch würdige Vertreter des Proletariats!

## Die politische Krise in Sachsen

H. F. Es handelt sich eigentlich viel mehr um eine Parlaments- als um eine Regierungskrise. Nach der sächsischen Verfassung hat ein geschäftsführendes Ministerium dieselben Pflichten und Rechte wie ein normales. Die Regierungsmaschine kann also weiterlaufen. Wenn auch niemand einen derartigen Zustand auf lange Dauer wünschen kann, — eine Gefahr des Stodens des Betriebes besteht nicht. Schwierig ist allerdings die jetzige Lage für den Ministerpräsidenten, weil er das unbesetzte Ministerium des Junern mit zu führen hat. Doch das ist aber auch während der Ferienzeit so, in der sich die Minister vertreten müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen könnte es die Regierung sowohl als auch die Regierungspartei des Landtages im Notfall schon eine Weile aushalten. Und es ist sehr verständig, wenn ausgerechnet in Wärdern der Rechtsparteien lebhaft darüber geklagt wird, daß durch den gegenwärtigen durch sie selbst geschaffenen Zustand das Ansehen des parlamentarischen Systems Schaden leide. Die von rechts waren doch sonst nicht so sehr dafür zu haben, daß der Parlamentarismus tiefer Wurzeln im Volke schlagen möge. Jetzt auf einmal diese Sorge! Im übrigen hätten sie sich doch eben früher überlegen müssen. Es sei denn, sie haben sich eingebildet, sie brauchen nur eine billige, noch dazu möglichst unpassende Gelegenheit zu benutzen, die Sozialdemokratie ohne weiteres in eine sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung zu zwingen. Da hat man sich sowohl rechts wie links gründlich getäuscht.

Was haben sich die Herrschaften denn, und haben sie sich überhaupt bei der Ministerkürzerei etwas gedacht? Den Rechtsparteien kann man unterstellen, daß es für sie Prinzip ist, die von ihnen so stark gehätselte sozialistische Regierung zu stürzen, ohne nach einem unmittelbaren politischen Anlaß zu fragen. Das Bemerkenswerte ist und Auffälligste an der Lage ist, daß die Krise durch die zwei kleinsten Fraktionen des Landtages herbeigeführt wurde: durch die Kommunisten und die Demokraten. Die Kommunisten haben offenbar ihrem Richtrautenantrag keine andre Wirkung geben wollen als die einer radikalen Geste, eine Art „Denkzettel“ politisch. Sie rechneten nicht damit, wollen auch nicht, daß ihr Antrag an-

genommen wurde. Noch weniger hatten sie an einen Rücktritt der ganzen Regierung gedacht. Sie dachten vielmehr und erwarteten bestimmt, daß wenigstens ein Teil der Bürgerlichen den Kommunisten die Befolgung verlagern und die Regierung retten würde. Diesen Erfolg wünschten und brauchten Wärdern und Genossen, um dann sagen zu können, daß nunmehr die Solidarität zwischen Sozialdemokraten und Bürgertum bewiesen wäre. Die Kommunisten haben also ein unverantwortliches Spiel mit dem Feuer getrieben. Agitatorisch genommen kann es uns nur lieb sein, daß diese Spekulation der Kommunisten fehlging und ihnen auch dieser Trugschluß den Massen gegenüber unmöglich gemacht wird.

Gaben die Kommunisten den Anstoß zur Krise, so war die Haltung der Demokraten von entscheidender Bedeutung für den Ausgang. Sie hätten nicht einmal gegen den Richtrautenantrag zu stimmen, sondern nur weiße Bettel abzugeben brauchen, dann wäre der Regierungsturz verhindert worden. Dann konnten Rechtsparteien und Kommunisten zusammen höchstens 48 Stimmen erhalten, während mindestens 49 nötig waren. Daher kann man die Demokraten mit Recht als die Hauptschuldigen an dem nunmehr eingetretenen Zustand bezeichnen. Und wir wissen, daß die demokratische Landtagsfraktion auch aus Parteifreien außerhalb dieser Körperschaft dringend davor gewarnt worden ist, diesen politischen Unfuhm mitzumachen. Da die Kommunisten überhaupt keinen Sinn für solche Dinge haben und fortwährend als Parlamentarier mit ihrem antiparlamentarischen Betrug in Widerspruch geraten, so darf man sagen, daß den Demokraten von allen Parteien am unwohlsten bei der Sache ist. Denn sie haben einen einzig bestehenden politischen Schwabenstreich auf dem Gewissen.

Nun aber jammert die bürgerliche Presse in heuchlerischem Tone, daß doch dem Krisenstand sobald wie möglich ein Ende gemacht werde. An sich sind wir derselben Meinung. Wir erlauben uns aber, uns dieses Ende und den neuen Anfang etwas anders vorzustellen. Zunächst ist es völlig verfehlt, der Sozialdemokratischen Partei deshalb die Initiative